

BZÄK warnt vor Leistungseinschränkungen in der PKV durch juristische Hintertür

Die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) warnt vor dem Versuch, den Leistungsrahmen für privat Krankenversicherte drastisch einzuschränken und damit ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) vom Vorjahr zu unterlaufen. Anlass für die Kritik ist der Entwurf eines neu zu schaffenden Absatzes 3 unter § 186 im Versicherungsvertragsgesetz (VVG). Dieser soll den Anspruch der Patienten auf die Heilbehandlungen beschränken, die „nach wirtschaftlichen Maßstäben notwendig sind“ und taucht erstmals im jetzt vorliegenden Abschlussbericht der Enquete-Kommission zur Reform des VVG auf. Dem BZÄK-Präsidenten Dr. Dr. Jürgen Weitkamp wurde vom Verband der privaten Versicherungen versichert, dass dieser Paragraph in erster Linie auf den Krankenhausbereich zielen solle. Allerdings ist eine gesonderte Berücksichtigung der ambulanten Behandlungsformen im Gesetzentwurf bislang nicht vorgesehen. Weitkamp: „In der jetzt

vorliegenden Form würde die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs bewusst ausgehöhlt, die ausdrücklich keine Beschränkung der Leistungspflicht der Versicherer auf die kostengünstigste Behandlung vorsieht. Würde der Entwurf auf alle Behandlungsbereiche angewendet, müssten Privatpatienten künftig mit dem eingeschränkten Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vorlieb nehmen. Dagegen melden wir im Sinne unserer Patienten scharfen Protest an.“ Die BZÄK hat sich wegen des Berichts der Enquete-Kommission bereits mit Bundestagsabgeordneten in Verbindung gesetzt, um eine Leistungsminderung für private Versicherte durch die juristische Hintertür zu verhindern. „Wir werden den Fortgang dieses Entwurfs weiter kritisch begleiten und seine Verwirklichung in der jetzt vorliegenden Form zu verhindern suchen“, kündigte der BZÄK-Präsident an.

Nur die Hälfte der Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen fühlen sich gut aufgeklärt

Durch die Gesundheitsreform hat sich viel geändert: Zuzahlungen, Praxisgebühr, Bonustarife und private Zusatzversicherungen sind die wichtigsten Neuerungen. Allerdings, so zeigt eine repräsentative EMNID-Umfrage, die im Auftrag der Essener Krankenkasse ktpBKK durchgeführt wurde, wissen viele Deutsche nicht, worum es in der Gesundheitsreform wirklich geht. 54 Prozent der 2.003 Befragten meinen, sie fühlen sich über die neuen Regelungen nicht ausreichend informiert. Auffällig ist: Je älter die Befragten sind, desto besser kennen sie sich mit der

neuen Reform aus: Von den über 60-Jährigen fühlen sich 58 Prozent gut aufgeklärt, bei den 14- bis 29-Jährigen sind es nur 25 Prozent. Frauen fühlen sich besser informiert als Männer: 48 Prozent der weiblichen Befragten meinten, sie seien gut über das Thema aufgeklärt; bei den Männern sind es nur 41 Prozent. Die ktpBKK, entstanden aus der Fusion der Karstadt-Quelle BKK und der BKK Krupp Thyssen Partner, geht auf eine der ältesten Krankenkassen Deutschlands zurück. Sie betreut bundesweit rund 160.000 Versicherte.

Berliner Zahnärzte haben einen neuen Präsidenten



Dr. Wolfgang Schmiedel

Am Abend des 29. April 2004 wählten die Berliner Zahnärzte ihren neuen Präsidenten im Rahmen ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung. Die Nachwahl war nötig geworden, da der bisherige Präsident, Dr. Christian Bolstorff, Ende Februar des Jahres von seinen Ämtern zurückgetreten war. Mit einer großen Mehrheit wurde Dr. Wolfgang Schmiedel (55), der keiner der in der Dele-

giertenversammlung vertretenen Gruppierungen angehört, zum neuen Präsidenten gewählt. Dr. Schmiedel hatte bei seiner Kandidatur die Unterstützung des gesamten Vorstandes der Zahnärztekammer Berlin, mit dem er nach erfolgreicher Wahl „ohne Veränderungen in der personellen Zusammensetzung weiterarbeiten“ wolle, wie er bekundete. Zu den Zielen, denen sich der neue Präsident der über 4.800 Berliner Zahnärzte in der ersten Phase seiner vierjährigen Amtszeit vorrangig widmen will, gehört unter anderem die Verbesserung der zuletzt angespannten Zusammenarbeit mit der KZV Berlin. Zu den Dingen, die er entschieden unterstützen und vorantreiben werde, gehöre auch die Verteidigung der Freiberuflichkeit der Zahnärzte.

Polnische Kieferorthopäden sollen Ärzteboykott brechen

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und die niedersächsische Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) wollen die Erweiterung der Europäischen Union nutzen, um Zahnärzte aus den östlichen Nachbarstaaten nach Deutschland zu holen. Damit reagieren sie auf die Drohung zahlreicher deutscher Kieferorthopäden, die aus Protest gegen die Gesundheitsreform ihre Kassenzulassung zurückgeben und ab dem 1. Oktober nur noch Privatpatienten behandeln wollen. „Die EU-Erweiterung wird auch motivierte Zahnärzte aus Polen und Ungarn nach Niedersachsen bringen“, sagte Ministerin von der Leyen dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Es sei „skandalös“, dass die Kieferorthopäden ihren Kampf um überzogene Honorarforderungen auf dem Rücken der Patienten austrügen. Auch Bundesministerin Schmidt sprach sich dem Magazin zufolge intern dafür aus, dem Protest der einheimischen Mediziner dadurch zu begegnen, dass die Kassen sich um Verstärkung aus dem europäischen Osten bemühen.